

Internationales Zivilprozessrecht der Schweiz

Ein Lehrbuch

Bearbeitet von
Prof. Dr. Gerhard Walter, Tanja Domej

überarbeitet 2012. Taschenbuch. 647 S. Paperback
ISBN 978 3 8252 3624 3

[Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Recht des Auslands > Ausländisches Recht: Schweiz](#)

Zu [Leseprobe](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Gerhard Walter
Tanja Domej
Internationales
Zivilprozessrecht
der Schweiz

5. Auflage

Haupt

UTB



Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage

Böhlau Verlag · Wien · Köln · Weimar

Verlag Barbara Budrich · Opladen · Toronto

facultas.wuv · Wien

Wilhelm Fink · München

A. Francke Verlag · Tübingen und Basel

Haupt Verlag · Bern · Stuttgart · Wien

Julius Klinkhardt Verlagsbuchhandlung · Bad Heilbrunn

Mohr Siebeck · Tübingen

Nomos Verlagsgesellschaft · Baden-Baden

Ernst Reinhardt Verlag · München · Basel

Ferdinand Schöningh · Paderborn · München · Wien · Zürich

Eugen Ulmer Verlag · Stuttgart

UVK Verlagsgesellschaft · Konstanz, mit UVK/Lucius · München

Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen · Bristol

vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich

Gerhard Walter
Tanja Domej

Internationales Zivil- prozessrecht der Schweiz

Ein Lehrbuch

5., neu überarbeitete Auflage

Haupt Verlag
Bern · Stuttgart · Wien

Gerhard Walter, geb. 1949, promovierte 1974 an der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen mit einer Arbeit über das Recht der Treuhand. 1978 habilitierte er sich (nach einem Studienaufenthalt in Florenz) ebendort u.a. für die Fächer deutsches und ausländisches Prozessrecht. 1979 zum ordentlichen Professor an der Universität Konstanz (D) ernannt (mit Nebentätigkeit als Richter am dortigen Landgericht von 1983–1987), folgte 1987 der Wechsel an die Universität Bern, wo er als Direktor das von ihm gegründete Institut für Internationales Privat- und Verfahrensrecht leitete. Seit 2009 ist er emeritiert.

Tanja Domej, geb. 1977, studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien, wo sie 2005 promoviert wurde. 2011 verlieh ihr die Universität Zürich aufgrund einer Habilitationsschrift über Probleme des internationalen Zwangsvollstreckungsrechts die *Venia docendi* für die Fächer Zivilverfahrensrecht, Privatrecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung. Nach Lehrtätigkeiten an den Universitäten Halle-Wittenberg (Deutschland) und Uppsala (Schweden) ist sie seit Herbst 2011 Professorin an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich.

- 5. Auflage: 2012
- 4. Auflage: 2007
- 3. Auflage: 2002
- 2. Auflage: 1998
- 1. Auflage: 1995

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

2012 © by Haupt Verlag, Berne.

Das Werk ist einschließlich aller seiner Teile urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagsgestaltung: Atelier Reichert, Stuttgart

Satz: Verlag Die Werkstatt, Göttingen

Printed in Germany

UTB-Band-Nr.: 1851

ISBN 978-3-8252-3624-3

Vorwort zur fünften Auflage

«Das internationale Zivilprozessrecht ist ein rasant sich entwickelndes Rechtsgebiet – gerade auch in der Schweiz.» Mit diesen Worten hat der Erstautor das Vorwort zur 1. Auflage dieses Lehrbuchs 1995 eröffnet. Seither haben Judikatur und Literatur wie auch internationale Rechtstexte (vor allem der EU) geradezu exponentiell zugenommen: das rief nach einer zweiten Auflage schon drei Jahre später (1998), sodann nach einer dritten (2002) und einer vierten (2007).

Die Dynamik der Entwicklung hat sich in den letzten Jahren nicht verringert; im Gegenteil. Eine wichtige Neuerung – nämlich das inzwischen (2011) in Kraft getretene revidierte LugÜ von 2007 – konnte die vierte Auflage bereits berücksichtigen. In die vorliegende Neuauflage konnten schon recht umfangreiche praktische Erfahrungen mit dem neuen Recht (insbesondere auch in Gestalt der parallelen EuGVVO) einfließen. Der schweizerische Gesetzgeber war ebenfalls nicht untätig: Neben diversen Anpassungen im IPRG bleibt auch die Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts in der schweizerischen ZPO nicht ohne Auswirkungen auf Prozesse mit Auslandsbezug. All dem war bei der Vorbereitung der Neuauflage Rechnung zu tragen. Zudem bringt sie Ausblicke auf mögliche künftige Entwicklungen, namentlich im europäischen Kontext.

Wir haben zu danken: BLaw Matthis Peter, RA lic. iur. Céline P. Schmidt, lic. iur. Christian Stalder und ass. iur. Elena Ščepánková haben mit viel Einsatz und Kompetenz mitgeholfen, das umfangreiche Material zusammenzutragen und zu erfassen. Matthis Peter, Elena Ščepánková, Céline Schmidt sowie darüber hinaus Alda Zappia haben uns zudem bei der Fahnenkorrektur unterstützt. Dr. Christian Koller (Wien) hat uns einige wichtige Hinweise gegeben. Weiterhin gilt unser Dank zudem den früheren Assistenten von Gerhard Walter, die sich um die Vorauflagen verdient gemacht haben, allen voran Rechtsanwalt Dr. Fridolin Walther (Bern) und Prof. Dr. Samuel P. Baumgartner (University of Akron, Ohio, USA).

Wir hoffen, dass das Buch Interessierten aus dem In- und Ausland weiterhin als Wegweiser und Arbeitshilfe bei der Beschäftigung mit dem schweizerischen internationalen Zivilprozessrecht nützlich sein möge. Hinweise auf Fehler und Verbesserungsvorschläge aus dem Kreis der Leserinnen und Leser sind stets willkommen; am einfachsten erreichen sie uns per E-Mail (tanja.domej@rwi.uzh.ch).

Muri bei Bern und Zürich, den 1. August 2012

Gerhard Walter, Tanja Domej

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	27
Materialien.	37
Abgekürzt zitierte Literatur	40
§ 1 Begriff, Rechtsquellen, Grundprinzipien des internationalen Zivilprozessrechts.	47
§ 2 Gerichtsbarkeit	63
§ 3 Allgemeines zur internationalen Zuständigkeit	91
§ 4 Die internationale Zuständigkeit nach IPRG.	117
§ 5 Internationale Zuständigkeit gemäss Lugano-Übereinkommen. . .	173
§ 6 Die Durchführung von Verfahren mit Auslandsberührung	319
§ 7 Die internationale Rechtshilfe.	357
§ 8 Allgemeines zur Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen	409
§ 9 Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen gemäss autonomem Recht (IPRG).	419
§ 10 Anerkennung und Vollstreckung gemäss Lugano-Übereinkommen	457
§ 11 Anerkennung der Wirkungen ausländischer Verfahren	523
§ 12 Massnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes im internationalen Rechtsverkehr (Arrest und einstweilige Verfügung)	547
§ 13 Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	575
Anhang: Ausgewählte elektronische Datenbanken und Rechtsquellen im Internet.	624
Stichwortverzeichnis	626

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Begriff, Rechtsquellen, Grundprinzipien des internationalen Zivilprozessrechts	47
I.	Begriff	47
1.	Einleitung, Beispiele	47
a)	Einleitung	47
b)	Beispiele	48
2.	Abgrenzung zum internationalen Privatrecht (IPR)	52
3.	Entwicklungstendenzen im IZPR	54
a)	Regionalisierungstendenzen	55
b)	Internationalisierung des Prozessrechts	58
c)	Bedeutung für die Schweiz	59
II.	Rechtsquellen	60
§ 2	Gerichtsbarkeit	63
I.	Ausgangspunkt	63
II.	Immunität von Diplomaten	65
1.	Die verschiedenen Arten von Immunität	65
a)	Diplomatische Vertreter: unbeschränkte Immunität	65
b)	Ausnahmen von der unbeschränkten Immunität (Art. 31 Ziff. 1 lit. a–c WÜD)	67
c)	Beschränkte Immunität	67
d)	Fehlende Immunität	68
2.	Wirkung der Immunität	68
III.	Immunität von Mitgliedern der konsularischen Vertretungen	70
IV.	Immunität ausländischer Staatsoberhäupter	71
V.	Immunität ausländischer Staaten	72
1.	Immunität im Erkenntnisverfahren	72
a)	Absolute Immunität	72
b)	Relative Immunität	73
c)	Qualifikationsfrage: <i>acta iure gestionis</i> oder <i>acta iure imperii</i> ?	73
d)	Typisierte Ausnahmen von der Immunität	77
2.	Immunität im Vollstreckungsverfahren	78

VI. Immunität ausländischer Staatsunternehmen und Staatsbanken	83
1. Ausländische Staatsunternehmen.	83
2. Ausländische Staatsbanken	84
VII. Immunität internationaler Organisationen	85
VIII. Prozessuale Bedeutung der Immunität	86
1. Fehlende Immunität als Prozessvoraussetzung.	86
2. Verzicht auf die Immunität.	87
a) Verzicht auf Diplomaten-Immunität.	87
b) Verzicht auf konsularische Immunität	88
c) Verzicht auf die Immunität eines Staates	88
d) Klage des Staates selbst	89
3. Beweislast	89
4. Rechtsmittelverfahren	89
§ 3 Allgemeines zur internationalen Zuständigkeit	91
I. Begriff der internationalen Zuständigkeit	91
1. Allgemeines	91
2. Rechtspolitische Hintergründe	93
3. Internationale «Unordnung»	95
II. Erscheinungsformen der internationalen Zuständigkeit	97
1. Ausschliessliche und nicht ausschliessliche internationale Zuständigkeit.	97
2. Direkte und indirekte Zuständigkeit	98
a) Direkte Zuständigkeit	99
b) Indirekte Zuständigkeit	99
c) Die Feststellung der indirekten Zuständigkeit	100
d) Inhaltliche Unterschiede zwischen direkter und indirekter Zuständigkeit.	101
3. Konkurrierende internationale Zuständigkeit.	102
a) Positiver Kompetenzkonflikt	102
b) Negativer Kompetenzkonflikt	112
III. Die Regelung der internationalen Zuständigkeit	114
§ 4 Die internationale Zuständigkeit nach IPRG	117
I. Gerichtsstand des Wohnsitzes.	117
1. Allgemeines	117
2. Definition des Wohnsitzes (Art. 20 IPRG)	118

II. Gerichtsstand des Sitzes von juristischen Personen	120
III. Gerichtsstand der Mitgliedschaft	121
IV. Gerichtsstand des Arrestes	121
V. Gerichtsstandsvereinbarungen	123
1. Kollisionsrechtliche Beurteilung einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung	124
a) Allgemeines	124
b) Die differenzierende Lösung	127
2. Das Verhältnis von Prorogation und Derogation	132
3. Die «Auslandsbeziehung»	133
4. Formerfordernisse einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung	134
a) Form: Zulässigkeit oder Zustandekommen?	134
b) Einzelheiten zur Formfrage	135
5. Zulässigkeit einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung nach IPRG	136
a) Vermögensrechtliche Ansprüche	136
b) Bestimmtes Rechtsverhältnis	137
c) Bestimmtes Gericht.	137
6. Wirkungen der Gerichtsstandsvereinbarung nach IPRG	137
7. Wegfall einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung bei fehlgeschlagenen Erwartungen	138
VI. Gerichtsstand der rügelosen Einlassung	140
1. Bedeutung der rügelosen Einlassung	140
2. Anwendungsbereich	141
3. Der Begriff der «Einlassung»	141
4. Unterlassene Rechtsmitteleinlegung = Einlassung?	143
VII. Gerichtsstände des Sachzusammenhangs	144
1. Allgemeines	144
2. Gerichtsstand der Widerklage	145
3. Gerichtsstand der Streitgenossenschaft	147
4. Gerichtsstand der Klagenhäufung	149
5. Gerichtsstand der Streitverkündungsklage	149
6. Gerichtsstand der Adhäsionsklage	150
VIII. Gerichtsstand der vorsorglichen Massnahmen	150
IX. Gerichtsstand in Ehe- und Partnerschaftssachen	151
1. Vorbemerkungen	151
2. Grundsatz	152
3. Besonderheiten im Eheverfahren	153

4. Eingetragene Partnerschaft	155
X. Gerichtsstand im Kindesrecht	156
1. Entstehung des Kindesverhältnisses	156
2. Wirkung des Kindesverhältnisses	157
XI. Erbrecht	158
XII. Sachenrecht	160
XIII. Intermediärverwahrte Wertpapiere	161
XIV. Immaterialgüterrecht	162
XV. Obligationenrecht	163
1. Verträge	163
a) Die «Erfüllung» einer vertraglichen Verpflichtung	164
b) Massgebliche Leistung	164
c) Massgebliches Recht für den Erfüllungsort.	165
d) Vereinbarung eines Erfüllungsortes	166
e) Besonderheiten für Klage eines Konsumenten oder aus Arbeitsvertrag.	167
2. Ungerechtfertigte Bereicherung	169
3. Unerlaubte Handlung	169
a) Anwendungsbereich.	169
b) Handlungs- bzw. Erfolgsort.	169
XVI. Gesellschaftsrecht	170

**§ 5 Internationale Zuständigkeit gemäss
Lugano-Übereinkommen 173**

A. Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Übereinkommens	173
I. Entstehungsgeschichte	173
II. Wesentlicher Inhalt	175
III. Weiterer Inhalt des Übereinkommens	176
B. Anwendungsbereich	177
I. Zivil- und Handelssachen: Auslegungsproblem	177
1. Allgemeine Bemerkungen	177
2. Begriff der Zivil- und Handelssachen.	179
a) Verwaltungsrechtliche Angelegenheiten	180
b) Amtspflichtverletzungen	182
c) Steuer- und Zollsachen	182
II. Ausgeschlossene Rechtsgebiete	183
1. Allgemeines	183

2.	Personenstand usw.	184
a)	Personenstand, Rechts- und Handlungsfähigkeit sowie gesetzliche Vertretung natürlicher Personen	184
b)	Eheliche Güterstände	185
c)	Erbrecht, einschliesslich Testamentsrecht	186
d)	Entwicklungen in der EU.	186
3.	Insolvenzrechtliche Verfahren («Konkurse, Vergleiche und ähnliche Verfahren»).	188
a)	Definition der insolvenzrechtlichen Verfahren	188
b)	Bedeutung für die Schweiz	190
4.	Soziale Sicherheit.	191
5.	Schiedsgerichtsbarkeit	193
III.	Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich.	195
C.	Zuständigkeit.	197
I.	Allgemeine Vorschriften; Prinzip.	197
1.	Gesamtüberblick	197
2.	Überblick über die Grundregeln der direkten Zuständigkeit	199
a)	Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich der Zuständigkeitsvorschriften.	199
b)	Ausnahmen	203
c)	Die kreative Auslegung des Bundesgerichts	204
3.	Exorbitante Gerichtsstände («black list») (Art. 3 Abs. 2 i.V.m. Anhang I LugÜ).	204
II.	Besondere Zuständigkeiten.	206
1.	Art. 5 Nr. 1 LugÜ: Der Vertragsgerichtsstand (= Gerichtsstand des Erfüllungsortes)	206
a)	Der «Vertrag»	208
b)	Die massgebliche Verpflichtung.	213
c)	Das massgebliche Recht	217
d)	Sonderfall: Erfüllungsortsvereinbarungen.	225
e)	Sonderfall: Nicht eingrenzbarer Erfüllungsort.	226
2.	Art. 5 Nr. 2 LugÜ: Gerichtsstand in Unterhaltssachen	226
a)	Unterhaltssachen	226
b)	Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt des Berechtigten.	227
c)	Unterhalt im Entscheidungsverbund	227
d)	Klage gegen den Unterhaltsberechtigten.	229
e)	Regressklagen	229

3.	Art. 5 Nr. 3 LugÜ: Der Deliktgerichtsstand	230
	a) Interpretation des Begriffs «unerlaubte Handlung»	231
	b) Sachlicher Anwendungsbereich	232
	c) Ort des schädigenden Ereignisses	234
	d) Persönlicher Anwendungsbereich	239
4.	Art. 5 Nr. 4 LugÜ: Gerichtsstand des Adhäsionsverfahrens	240
5.	Art. 5 Nr. 5 LugÜ: Gerichtsstand der Niederlassung	241
6.	Art. 5 Nr. 6 LugÜ: Trustrechtliche Klagen	242
7.	Art. 5 Nr. 7 LugÜ: Zahlung von Bergungslohn	242
8.	Gerichtsstände des Zusammenhangs (Art. 6 LugÜ)	243
	a) Art. 6 Nr. 1 LugÜ: Streitgenossenschaft	244
	b) Art. 6 Nr. 2 LugÜ: Gewährleistungsklagen	248
	c) Art. 6 Nr. 3 LugÜ: Gerichtsstand der Widerklage	251
	d) Art. 6 Nr. 4 LugÜ: Gerichtsstand für Immobilengeschäfte	253
9.	Zuständigkeit für Versicherungssachen (Artt. 8–14 LugÜ)	253
10.	Zuständigkeit für Verbrauchersachen (Artt. 15–17 LugÜ)	254
	a) Begriff der Verbrauchersache	255
	b) Vertragspartei ohne Wohnsitz in einem Vertragsstaat	260
11.	Zuständigkeit für individuelle Arbeitsverträge (Artt. 18–20 LugÜ)	261
	a) Klägergerichtsstand	261
	b) Verbot abweichender Gerichtsstandsvereinbarungen	262
	c) Wohnsitzfiktion	262
III.	Ausschliessliche Zuständigkeiten (Art. 22 LugÜ)	262
1.	Allgemeines/Bedeutung	262
	a) Begriff der ausschliesslichen Zuständigkeit	262
	b) Folgen des Art. 22 LugÜ	263
	c) Zweck der ausschliesslichen Gerichtsstände	263
2.	Gerichtsstand der belegen Sache (Art. 22 Nr. 1 LugÜ)	264
	a) Begriffliches: Interpretation	265
	b) Dingliche Rechte als Klagegegenstand	265
	c) Interpretation des Begriffes «unbewegliche Sache»	267
	d) Miete und Pacht von unbeweglichen Sachen als Klagegegenstand (Art. 22 Nr. 1 LugÜ)	267

e)	Spezialfall: Ferienwohnungen	268
f)	Spezialfall: Time-Sharing	271
g)	Spezialfall: Gläubigeranfechtungsklage	272
3.	Gerichtsstand für Gesellschaftssachen (Art. 22 Nr. 2 LugÜ)	274
a)	Begriff «Gesellschaft oder juristische Person»	274
b)	Beschränkung auf Klagen	274
c)	Streitgegenstand der Klage	274
4.	Gerichtsstand in Registersachen (Art. 22 Nr. 3 LugÜ)	276
5.	Gerichtsstand für gewerbliche Schutzrechte (Art. 22 Nr. 4 LugÜ)	277
a)	Erfasste Rechte	277
b)	Erfasste Klagearten	277
c)	Nicht erfasste Klagearten	277
d)	Einredeweise Geltendmachung	279
6.	Gerichtsstand für vollstreckungsbezogene Verfahren (Art. 22 Nr. 5 LugÜ)	280
a)	Durchsetzung von Nicht-Geldleistungsansprüchen	282
b)	Durchsetzung von Geldleistungsansprüchen	283
IV.	Vereinbarung über die Zuständigkeit (Art. 23 LugÜ)	286
1.	Allgemeines zu Gerichtsstandsvereinbarungen	286
2.	Der Anwendungsbereich von Art. 23 LugÜ	288
a)	Vereinbarungen zwischen Parteien mit Wohnsitz in Vertragsstaaten	288
b)	Prorogation zwischen Parteien mit Vertragsstaats- und Drittstaatswohnsitz	290
c)	Prorogation von Gerichten eines Vertragsstaats durch Parteien in Nichtvertragsstaaten	291
d)	Prorogation und Derogation	292
3.	Die Vereinbarung der Parteien	293
4.	Die Zulässigkeit der Vereinbarung	294
a)	Der Bestimmtheitsgrundsatz	294
b)	Ausgeschlossene Rechtsgebiete	296
5.	Die Form der Vereinbarung	297
a)	Schriftliche Vereinbarung	297
b)	Mündliche Vereinbarung mit schriftlicher Bestätigung (= «halbe Schriftlichkeit»)	299
c)	Vereinbarung nach Parteigepflogenheiten bzw. internationalen Handelsbräuchen	301

6.	Die Wirkungen der Gerichtsstandsvereinbarung	304
a)	Grundsatz: ausschliessliche Wirkung	304
b)	Bindung des prorogierten/derogierten Gerichts . . .	304
c)	«Hinkende» Gerichtsstandsklausel (Abs. 4 a.F.) . . .	305
V.	Rügelose Einlassung (Art. 24 LugÜ)	306
1.	Bedeutung	306
2.	Anwendungsbereich	307
3.	Verhältnis zum nationalen Prozessrecht	308
D.	Prüfung von Zuständigkeit und Zulässigkeit des Verfahrens (Artt. 25, 26 LugÜ)	311
I.	Begrenzte Amtsprüfung der internationalen Zuständigkeit	311
II.	Amtsprüfung der Zuständigkeiten des Art. 22 LugÜ bei Teilnahme des Beklagten	311
III.	Zuständigkeitsprüfung bei Nicht-Teilnahme des Beklagten (Art. 26 LugÜ)	313
1.	Voraussetzungen von Art. 26 Abs. 1 LugÜ	313
2.	Der Zweck von Art. 26 Abs. 1 LugÜ	313
IV.	Aussetzung des Verfahrens und Zustellungsnachweis . .	314
1.	Aussetzungspflicht nach Art. 26 Abs. 2 LugÜ	314
2.	Aussetzung nach Artikel 15 HZÜ (Art. 26 Abs. 3 LugÜ) .	317
a)	Grundsatz	317
b)	Vorbehalt nach Art. 15 Abs. 2 HZÜ	317
3.	Ausführung der Zustellung.	318

§ 6 Die Durchführung von Verfahren mit Auslandsberührung 319

I.	Das zivilprozessuale Fremdenrecht	319
1.	Die Parteifähigkeit von Ausländern	320
2.	Die Prozessfähigkeit von Ausländern	321
a)	Natürliche Personen	322
b)	Gesellschaften im Sinne von Art. 150 IPRG	323
3.	Postulationsfähigkeit und Prozessvollmacht	323
4.	Prozessstandschaft und Prozessführungsbefugnis	324
a)	Prozessstandschaft kraft Prozessrechts	325
b)	Prozessstandschaft kraft materiellen Rechts	325
5.	Unentgeltliche Rechtspflege	326
a)	Natürliche Personen	328

b)	Juristische Personen und Personenvereinigungen . . .	328
c)	Unentgeltliche Rechtspflege und ordre public	329
6.	Sicherheit für die Parteientschädigung	329
a)	Begriff und Bedeutung	329
b)	Befreiung aufgrund von Staatsverträgen	330
c)	Befreiung von der Sicherheitsleistung bei verbürgter Gegenseitigkeit?	331
d)	Prozesskostensicherheit = Justizverweigerung? . . .	333
II.	Die prozessuale Behandlung ausländischen Rechts	334
1.	Die Ermittlung ausländischen Rechts.	334
a)	Ausgangspunkt: Art. 16 IPRG	334
b)	Erkenntnismöglichkeiten des Gerichtes	337
c)	Beweislast hinsichtlich des ausländischen Rechtes? .	339
2.	Das ausländische Recht im Rechtsmittelverfahren vor Bundesgericht	342
a)	Die Bestimmung der richtigen Rechtsordnung	342
b)	Die richtige Anwendung des ausländischen Rechts	346
III.	Das Beweisrecht.	348
1.	Ausgangspunkt	348
2.	Beweisulässigkeit	348
a)	Zulässigkeit von Beweismitteln	348
b)	Die Qualifikation: Prozessrecht/materielles Recht . .	350
3.	Einzelne Beweismittel	354
a)	Zeugenbeweis	354
b)	Insbesondere: Zeugnisverweigerungsrechte	354
c)	Andere Beweismittel.	355
IV.	Ansprüche in fremden Währungen.	356
§ 7	Die internationale Rechtshilfe.	357
I.	Gegenstand und Begriff	357
II.	Völkerrechtliche Verpflichtung zur Leistung internationaler Rechtshilfe?	363
III.	Rechtsquellen der internationalen Rechtshilfe.	364
1.	Internationale Rechtshilfe aufgrund autonomen Rechts .	364
a)	Rechtsgrundlagen.	364
b)	Beispiele für Rechtshilfehandlungen nach autonem Recht	366
2.	Rechtshilfe auf staatsvertraglicher Grundlage	368

a)	Anwendungsbereich: Zivil- und Handelssachen . . .	369
b)	Verhältnis der Übereinkommen untereinander	370
IV.	Haager Übereinkommen über den Zivilprozess vom 1. März 1954 (HZPÜ)	372
1.	Zustellung gerichtlicher und aussergerichtlicher Schriftstücke	372
a)	Allgemeines	372
b)	Zustellungsbegehren.	372
c)	Durchführung der Zustellung	376
d)	Ablehnung der Durchführung der Zustellung	377
e)	Wirkungen der Zustellung.	381
f)	Nachweis der Zustellung	383
g)	Heilung mangelhafter Zustellungen?	383
2.	Rechtshilfeersuchen.	384
a)	Gegenstand der Rechtshilfe	384
b)	Das Ersuchungsschreiben und dessen Übermittlung.	385
c)	Durchführung des Ersuchens.	385
3.	Sicherheitsleistung für Prozesskosten/unentgeltliche Rechtspflege	389
V.	Haager Zustellungsübereinkommen von 1965 (HZÜ)	389
1.	Zustellungsersuchen	389
a)	Übermittlung	389
b)	Musterformular	391
2.	Durchführung der Zustellung	392
a)	Allgemeines	392
b)	Form der Zustellung	393
c)	Zustellungszeugnis	394
d)	Verweigerung der Zustellung	394
e)	Schutz des Beklagten: Säumnisverfahren und Wiedereinsetzung	395
VI.	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen von 1970 (HBÜ)	398
1.	Das Rechtshilfeersuchen	398
2.	Vornahme der Beweisaufnahme.	399
3.	Beweisaufnahme durch diplomatische oder konsularische Vertreter und durch Beauftragte	401
a)	Eigene Staatsangehörige.	401

b)	Fremde Staatsangehörige	401
c)	Der «commissioner» (= Beauftragter)	402
d)	Durchführung der Beweisaufnahme	403
4.	«Pre-trial-discovery of documents»	404
a)	Einleitung	404
b)	Art. 23 HBÜ	405
c)	Der Vorbehalt der Schweiz	406
VII.	Haager Übereinkommen über den internationalen Zugang zur Rechtspflege von 1980 (HÜ80)	407
§ 8	Allgemeines zur Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen	409
I.	Allgemeine Überlegungen	409
1.	Ausgangspunkt	409
2.	Die Kompetenzlage in der Schweiz	410
3.	Verhältnis von Anerkennung und Vollstreckung	412
II.	Die Wirkungen von Anerkennung und Vollstreckung	413
1.	Allgemeines	413
2.	Einzelne anzuerkennende Urteilswirkungen	416
a)	Rechtskraft	416
b)	Gestaltungswirkung	417
c)	Streitverkündungs- und Interventionswirkung	417
d)	Tatbestandswirkung?	418
§ 9	Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen gemäss autonemem Recht (IPRG)	419
I.	Erfordernisse der Anerkennung allgemein	419
1.	Entscheidung eines staatlichen Gerichts (oder einer staatlichen Behörde)	419
2.	Geltungsbereich: «Entscheidung»	419
a)	Vergleiche (Art. 30 IPRG)	420
b)	Urkunden der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Art. 31 IPRG)	420
c)	Anerkennung einstweiliger Verfügungen?	421
d)	Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets?	422

3.	Die Vollstreckbarerklärung	423
II.	Die Voraussetzungen der Anerkennung im Einzelnen . .	424
1.	Die Zuständigkeit der ausländischen Behörden (Artt. 25 lit. und 26 IPRG)	424
a)	Die allgemeine Regel (Art. 26 lit. a IPRG)	425
b)	Gerichtsstand der Prorogation (Art. 26 lit. b IPRG)	427
c)	Gerichtsstand der rügelosen Einlassung (Art. 26 lit. c IPRG)	428
d)	Zuständigkeit bei Widerklage (Art. 26 lit. d IPRG). .	428
2.	Die Rechtskraft bzw. Endgültigkeit der Entscheidung (Art. 25 lit. b IPRG)	428
a)	Formelle Rechtskraft (Unanfechtbarkeit): kein ordentliches Rechtsmittel.	428
b)	«Endgültigkeit» der Entscheidung.	429
3.	Das Fehlen von Verweigerungsgründen (Artt. 25 lit. c und 27 IPRG)	430
a)	Die Verletzung des materiellen ordre public (Art. 27 Abs. 1 IPRG)	431
b)	Verfahrensrechtlicher ordre public	436
c)	Kollision mehrerer Entscheidungen (Art. 27 Abs. 2 lit. c IPRG).	442
III.	Das Verfahren bei Anerkennung bzw. Vollstreckbarerklärung	443
1.	Vorbemerkung	443
2.	Das Verfahren der Anerkennung einer Entscheidung. . .	445
a)	Normalfall: Art. 29 Abs. 3 IPRG (Formlosigkeit der Anerkennung)	445
b)	Ausnahmefall: Anerkennungsfeststellungs- verfahren	447
c)	Verfahrensbesonderheiten	449
3.	Das Verfahren bei der Vollstreckung von Geldforderungen	452
a)	Entscheidung eines Gerichtes eines Vertragsstaates.	452
b)	Entscheidung eines Gerichtes eines Nichtvertragsstaates	454
4.	Vollstreckung eines Leistungsurteils, das nicht auf Geld gerichtet ist.	455

§ 10	Anerkennung und Vollstreckung gemäss Lugano-Übereinkommen	457
I.	Vorbemerkung: Das Anerkennungs- und Vollstreckungssystem des Lugano-Übereinkommens	457
1.	Ausgangspunkt	457
2.	Anwendungsbereich	457
3.	Verhältnis zu anderen Übereinkommen	459
4.	Verhältnis zum autonomen Recht (IPRG)	460
a)	Vorrang des LugÜ in seinem Anwendungsbereich	460
b)	Sicherung des Vorrangs	460
c)	Meistbegünstigung?	461
II.	Anerkennungsfähige Entscheidungen (Art. 32 LugÜ)	461
1.	Endentscheidungen	462
a)	Begriff der Entscheidung	462
b)	Entscheidung in einer Zivil- oder Handelssache	464
c)	Exequaturentscheidungen in Bezug auf Drittstaatenentscheidungen?	464
2.	Insbesondere: Kostenfestsetzungen, Nebenentscheidungen	465
3.	Nicht rechtskräftige Entscheidungen	465
4.	Entscheidungen des einstweiligen Rechtsschutzes	466
5.	Zwischenentscheidungen im gerichtlichen Verfahren	468
6.	Öffentliche Urkunden und Prozessvergleiche	470
III.	Die Anerkennung	472
1.	Anerkennung ipso iure (Art. 33 Abs. 1 und 3 LugÜ)	472
2.	Inzidentanerkennung	473
3.	Selbständiges Anerkennungsverfahren (Art. 33 Abs. 2 LugÜ)	474
a)	Zweck des Verfahrens	474
b)	Positiver Feststellungsantrag	475
c)	Feststellungsverfahren	476
IV.	Anerkennungsverweigerungsgründe (Artt. 34, 35 LugÜ)	477
1.	Grundregel: keine Nachprüfung der internationalen Zuständigkeit des Erstgerichts	477
2.	Kontrolle der internationalen Zuständigkeit in Ausnahmefällen	479
a)	Versicherungssachen (3. Abschnitt des Titels II)	480
b)	Verbrauchersachen (4. Abschnitt des Titels II)	480

c)	Ausschliessliche Zuständigkeit nach Artikel 22 LugÜ (6. Abschnitt des Titels II)	481
d)	Ausschluss exorbitanter Zuständigkeiten gegenüber Drittstaaten (Art. 68 LugÜ).	482
e)	Divergenz Brüssel–Lugano (Art. 64 Abs. 3 LugÜ) . .	483
f)	Übereinkommen für besondere Rechtsgebiete (Art. 67 Abs. 4 LugÜ) und EU-Rechtsakte (Protokoll 3)	484
g)	Übergangsfälle	485
h)	Der Vorbehalt der Schweiz in Art. IV des Protokolls 1 zum LugÜ	486
i)	Der schweizerische Anerkennungsvorbehalt in Art. Ia des Protokolls Nr. 1 zum LugÜ 1988	486
j)	Bindung an tatsächliche Feststellungen des Erstgerichts (Art. 35 Abs. 2 LugÜ)	487
3.	«Sachliche» Anerkennungsverweigerungsgründe?	488
a)	Verbot der révision au fond.	488
b)	Umfang des Verbots	488
4.	Die Anerkennungsversagungsgründe nach Art. 34 LugÜ	489
a)	Der ordre-public-Verstoss (nach Art. 34 Nr. 1 LugÜ) .	489
b)	Nichteinlassung des Beklagten (Art. 34 Nr. 2 LugÜ) .	492
c)	Kollision unvereinbarer Entscheidungen (Art. 34 Nr. 3 und 4 LugÜ)	499
V.	Verfahren bei der Anerkennung	502
1.	Allgemeines	502
2.	Aussetzungsbefugnis zur Vermeidung widersprüchlicher Entscheidungen (Art. 37 LugÜ).	502
a)	Anwendungsbereich.	503
b)	Ordentlicher Rechtsbehelf als Voraussetzung	503
VI.	Die Vollstreckbarerklärung nach dem System von «Brüssel» und «Lugano» (Überblick)	504
1.	Ausgangspunkt: Art. 38 LugÜ	504
2.	Einseitiges Antragsverfahren	505
3.	Überprüfungsphase	506
4.	Sicherungsvollstreckung.	508
5.	Vollstreckung nicht rechtskräftiger Entscheidungen. . . .	509
VII.	Auswirkungen des LugÜ auf das Schweizer Vollstreckungssystem	511
1.	Unvereinbarkeit des Rechtsöffnungsverfahrens mit den Vorgaben des LugÜ für das Exequaturverfahren	511

2.	Versuche zur Harmonisierung der beiden Vollstreckungssysteme	512
a)	Rechtsöffnungsverfahren als Exequaturverfahren	512
b)	Spezielles Exequaturverfahren	513
c)	Wahlmöglichkeit des Gläubigers?	514
3.	Ein doppeltes Exequatur?	515
VIII.	Sicherungsmassnahmen nach Art. 47 LugÜ	517
1.	Einleitung	517
2.	Arrestlegung nach Art. 271 Abs. 1 Ziff. 6 SchKG nach bzw. gemeinsam mit der Vollstreckbarerklärung	518
3.	Arrestlegung vor Vollstreckbarerklärung	520

§ 11 Anerkennung der Wirkungen ausländischer Verfahren 523

I. Internationale Rechtshängigkeit 523

II. Die Beachtung internationaler Rechtshängigkeit gemäss IPRG 524

1.	Eadem res inter eadem partes	524
2.	Frühere Rechtshängigkeit im Ausland	525
a)	Rechtshängigkeit in der Schweiz	526
b)	Rechtshängigkeit im Ausland	527
c)	Manipulationsmöglichkeiten	527
3.	Die «materiellen» Voraussetzungen der Rechtshängigkeitssperre	529
d)	Anerkennungsprognose	529
e)	Fristprognose	529
4.	Die Folgen der Rechtshängigkeitssperre	530

III. Die Beachtung internationaler Rechtshängigkeit nach dem LugÜ 532

1.	Unterschied in der Rechtsfolge	532
2.	Unterschiede in den Voraussetzungen	533
a)	Keine Anerkennungsprognose	533
b)	Keine Überprüfung der Verfahrensdauer	533
3.	Die Bestimmung des Streitgegenstandes gemäss Art. 27 LugÜ	534
a)	Die «Kernpunkttheorie»	534
b)	«Torpedoklagen»	538
4.	Bestimmung des «zuerst angerufenen Gerichts»	539

a)	Allgemeines	539
b)	Folgen für das Schweizer Recht.	540
IV.	Internationale Konnexität	542
1.	Ausgangspunkt.	542
2.	Der sachliche Zusammenhang	543
3.	Die verfahrensrechtliche Behandlung der Konnexität.	544
a)	Aussetzung des späteren Verfahrens (Abs. 1).	544
b)	Rückweisung der späteren Klage (Abs. 2)	544
V.	Unterbrechung der Verjährung durch ausländische Klageerhebung	545
§ 12	Massnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes im internationalen Rechtsverkehr (Arrest und einstweilige Verfügung)	547
I.	Gerichtsbarkeit	547
II.	Internationale Zuständigkeit	547
1.	Zuständigkeit des Hauptsachegerichts	547
2.	Zuständigkeit bei fehlender Hauptsachezuständigkeit.	548
a)	Art. 10 lit. b IPRG	548
b)	Art. 31 LugÜ	549
3.	Insbesondere: der Arrest	553
4.	Der ausländische Wohnsitz als Arrestgrund.	556
III.	Die Durchführung von Verfahren mit Auslandsberührung	559
1.	Ausländersicherheit.	559
2.	Weitere Voraussetzungen.	560
3.	Nachweis ausländischen Rechtes	560
a)	Glaubhaftmachung auf für Rechtssätze?	560
b)	Konsequenz für einstweiligen Rechtsschutz.	561
4.	Besonderheiten für das Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	562
IV.	Internationale Rechtshilfe	563
1.	Zustellung einer strafbewehrten Unterlassungsverfügung	563
2.	Zustellung eines Arrestbefehls	564
V.	Anderweitige Rechtshängigkeit	564
VI.	Internationale Anerkennung und Vollstreckung von Massnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes	565

1.	Ausländische Entscheidung in der Schweiz	565
a)	Gemäss IPRG	565
b)	Gemäss Lugano-Übereinkommen	566
c)	Gemäss anderen Staatsverträgen.	572
2.	Schweizer Entscheidung im Ausland.	573
a)	Gemäss Lugano-Übereinkommen und anderen Staatsverträgen	573
b)	Gemäss autonomem ausländischem Recht.	573
VII.	Eilverfahren und Schiedsvereinbarung	573
§ 13	Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	575
I.	Allgemeines	575
1.	Gründe für den Abschluss einer internationalen Schiedsvereinbarung	575
a)	Begriff und Bedeutung von Schiedsgerichtsbarkeit	575
b)	Gründe für eine Schiedsvereinbarung	576
2.	Arten internationaler Schiedsgerichte	580
a)	Ad-hoc Schiedsgerichte	580
b)	Institutionelle Schiedsgerichte	580
3.	Rechtsquellen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	581
a)	Staatsverträge	581
b)	Bundesrecht	582
c)	Internationale Rechtsangleichung	582
II.	Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit nach IPRG	583
1.	Der Anwendungsbereich des IPRG	583
2.	Die Schiedsfähigkeit	585
a)	Die objektive Schiedsfähigkeit.	585
b)	Die subjektive Schiedsfähigkeit	586
3.	Die Schiedsvereinbarung	586
a)	Begriffe: Schiedsvertrag/Schiedsklausel	588
b)	Zustandekommen, Zulässigkeit, Wirkung.	589
c)	Die Formfrage	591
4.	Das auf das Schiedsverfahren anwendbare Recht	591
5.	Das anwendbare materielle Recht.	592
6.	Bestellung des Schiedsgerichts	593
7.	Die Ablehnung des Schiedsgerichts	593
a)	Ablehnungsgründe	594
b)	Das Verfahren der Schiedsrichterablehnung.	595

8.	Die Durchführung des Schiedsverfahrens	596
	a) Die Durchführung der Beweisaufnahme.	596
	b) Weitere Mitwirkung des staatlichen Richters	597
	c) Vorsorgliche und sichernde Massnahmen	598
9.	Die Rechtsbehelfe gegen einen Schiedsentscheid	598
	a) Beschwerdegründe	600
	b) Verzicht auf Rechtsmittel	604
10.	Vollstreckbarkeitsbescheinigung	606
III.	Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.	607
1.	Nationalität des Schiedsspruchs	607
2.	Rechtsquelle	608
3.	Verfahren	608
	a) Anerkennung eines Schiedsspruchs	608
	b) Vollstreckbarerklärung eines Schiedsspruchs	608
4.	Die Anerkennungsversagungsgründe gemäss Art. V NYÜ	609
	a) Unwirksamkeit der Schiedsvereinbarung	610
	b) Verletzung des rechtlichen Gehörs	610
	c) Überschreitung der Schiedsvereinbarung	613
	d) Verletzung der Vorschriften über die Bildung des Schiedsgerichts oder das schiedsgerichtliche Verfahren.	614
	e) Nichtverbindlichkeit und Aufhebung des Schiedsspruchs	615
	f) Fehlende Schiedsfähigkeit des Streitgegenstands	619
	g) Verstoss gegen die öffentliche Ordnung des Vollstreckungsstaates	620